

## INTERGLOBAL

USA

# Konservativer Kulturkampf

William Hiscott

**Über Inhaltliches wurde auf dem Wahlparteitag der Republikaner nur wenig geredet. Es ging darum, die Kandidaten ansprechend zu präsentieren. Dabei nützte auch die politische Vergangenheit von Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin: sie entstammt einer separatistischen Partei.**

Sein fortgeschrittenes Alter ist ohnehin ein Problem für John McCain, nun wird er auch noch mit einem kompromittierenden Foto von seiner Geburtstagsfeier am 29. August 2005 konfrontiert. Es zeigt ihn frohgemut Arm in Arm mit George W. Bush, eine Geburtstagstorte haltend. Unerfreulicher noch als die dokumentierte Nähe zu dem unbeliebten Präsidenten ist das Datum. Denn an jenem Tag wurde New Orleans infolge des Hurrikans Katrina überflutet.

Dass die Katastrophenhilfe damals nur schleppend in Gang kam, trug zu Bushs Popularitätsverlust bei. Zu Beginn des Wahlparteitages der Republikaner in St. Paul im Bundesstaat Minnesota tobte der Hurrikan Gustav, und um keine schlechten Erinnerungen zu wecken, wurde das Programm auf Formalitäten und Kurzauftritte der Ehefrauen von Bush und McCain beschränkt. Bush sagte seine persönliche Teilnahme ab, er war nur in einer Videobotschaft zu sehen.

An den folgenden drei Tagen legten die Republikaner ihre Zurückhaltung ab. Der Gegner wurde verhöhnt und verspottet, die Redner eröffneten den „cultural war“, die offensive Propagierung konservativer Werte, für den Wahlkampf und priesen ihren Patriotismus. Über die Außenpolitik und die wirtschaftlichen Probleme des Landes wurde kaum gesprochen, vom

Krieg im Irak und in Afghanistan noch weniger.

„Bei dieser Wahl geht es nicht um Inhalte“, erläuterte McCains Wahlkampfmanager Rick Davis die Strategie der Republikaner. „Bei dieser Wahl geht es darum, wie die Wähler die Kandidaten sehen.“ McCains Stichwort war „fight“, er sprach ausführlich über seine Zeit als Kriegsgefangener in Vietnam und über seine Grundwerte als Patriot und Kämpfer. 26 Mal gebrauchte er das Wort „kämpfen“: für die Ideale und Interessen der USA, für die Prinzipien der Freiheit, um jeden einzelnen Wähler, für die Zukunft der Nation und so weiter.

Kämpferisch gab sich auch Sarah Palin. Dass McCain erst kurz vor der Convention die zuvor kaum bekannte republikanische Gouverneurin des Bundesstaats Alaska als Vizepräsidentin nominiert hatte, sorgte für großes Medieninteresse und kontroverse Debatten. Die plötzliche Aufmerksamkeit scheint gewollt gewesen zu sein. Palin soll Wählergruppen gewinnen, die sich für McCain nicht begeistern können. Sie vertritt strikt rechtskonservative christliche Werte, betrachtet sich aber auch als Feministin. Sie soll das ländliche Amerika repräsentieren und rechtslibertären Strömungen den Anschluss an McCains Kampagne erleichtern.

Als Basketballspielerin in der Schulmannschaft nannte man sie einst „Sarah Barracuda“. Auch Barack Obama ist Basketballer, gilt im Gegensatz zu ihr jedoch eher als ein Finessespieler. In ihrer Rede vor der Convention griff sie den Kandidaten der Demokraten scharf an. Sie ergänzte die republikanischen Standardvorwürfe, Obama sei zu elitär und abgehoben, um neue Varianten.

So sagte die 44-jährige Nachwuchspolitikerin, dass ihre vormalige Arbeit als Bürgermeisterin einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Anchorage, der größten Stadt Alaskas, der Arbeit Obamas in den Armenvierteln Chicagos während der Achtzigerjahre ähnele. Doch im Gegensatz zum „community organizer“ übernehme ein Bürgermeister einer Kleinstadt „reale Verantwortung“.

**Palin befürwortet ein striktes Abtreibungsverbot, auch in Fällen einer durch Inzest oder Vergewaltigung verursachten Schwangerschaft.**

Der Versuch, Obama als verträumten Sozialarbeiter darzustellen, ist auch ein Angriff auf ein wichtiges Aktionsfeld linker Politik in den urbanen Zentren der USA. Mit solchen Kommentaren versucht Palin offenbar, den Stadt-Land-Gegensatz zu politisieren. Das könnte jene Amerikaner ansprechen, die die Großstädte als Sündenpflanz betrachten und eine Kandidatin vorziehen, die weiß, wie man Rentiere erlegt. Die größte Chance McCains und Palins auf einen Wahlsieg liegt darin, genügend Stimmen in den ländlichen Gebieten bestimmter „battleground states“, umkämpfter Bundesstaaten wie Ohio, Michigan und Pennsylvania, zu gewinnen.

Palin gehört der Gruppe „Feminists for Life“ an, einem nationalen Zusammenschluss von Frauen, die zwar für eine Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im öffentlichen Leben und im Beruf eintreten,

aber ein konservatives Frauen- und Familienbild propagieren. Palin befürwortet ein striktes Abtreibungsverbot, auch in Fällen einer durch Inzest oder Vergewaltigung verursachten Schwangerschaft.

Über Abtreibung sprach Palin bei der Convention nicht, sie stellte jedoch klar, dass sie als Frau und konservative Feministin um die Stimmen kämpfen wird, die Hillary Clinton bekommen hätte. Den neuesten Umfragen zufolge scheint diese Strategie für den kommenden Wahlkampf nicht gerade vielversprechend zu sein. Doch sofern die Republikaner auch nach der Wahl im November ein moderneres konservatives Frauenbild propagieren, könnte die Kandidatur Palins die politische Lage erheblich verändern, selbst wenn McCain verliert.

Palin setzte sich im Jahr 2006 in den Vorwahlen gegen den unbeliebten Gouverneur Frank Murkowski durch. Dass sie sich nun zu einer Kandidatin stilisiert, die, ähnlich McCains Image als „maverick“, als Außenseiter, mit dem Establishment in Washington nichts zu tun hat, ist allerdings nicht ganz gerechtfertigt. Maßgeblich unterstützt wurde sie von einem Erzrivalen Murkowskis, dem republikanischen Senator Ted Stevens. Der 84-jährige Stevens wurde im Juli nach einer langen Untersuchung wegen Korruption angeklagt, er ist die Verkörperung des Establishments schlechthin.

Stevens weilt seit 54 Jahren in Washington, vor dem Einzug in den Senat war er Abgeordneter und Ministeriumsmitarbeiter. Er betont oft, dass er in Washington war, bevor es den Bundesstaat Alaska gab, der erst 1958 gegründet wurde. Inzwischen sind jegliche Hinweise auf die Zusammenarbeit beider Politiker von

Hat John McCain auf dem Wahlparteitag der Republikaner die Show gestohlen: „running mate“ Sarah Palin inszeniert sich als „konservative Feministin“ und will um die Stimmen kämpfen, die Hillary Clinton als Kandidatin bekommen hätte.



FOTO: TOM LEGRO / NEWSHOUR

Palins Webseite verschwunden, doch noch kurz vor der Anklageerhebung gegen Stevens haben beide öffentlich die Ölförderungspolitik besprochen. Denn beide wollen die Ölreserven in Alaska ausbeuten. McCain, der in den Gewässern vor Florida Öl fördern will, sich jedoch bislang gegen ähnliche Pläne in Alaska aussprach, scheint sich der Position Palins anzuschließen. Für viele einflussreiche Republikaner vom Wirtschaftsflügel der Partei erscheint die Nominierung Palins deshalb als ein Segen.

Hätten Obama oder Joe Biden, der demokratische Kandidat für die Vizepräsidentschaft, jemals einer separatistischen Partei angehört, würden es die Republikaner gewiss nicht versäumen, dies als Beweis für mangelnden Patriotismus zu bezeichnen. Palin, in dieser Frage tatsächlich früher eine Gegnerin des Establishments, gehörte in den Neunzigerjahren der Alaska Independence Party (AIP) an. Die rechtslibertäre Separatistenpartei befürwortet ein Referendum über die Unabhängigkeit Alaskas und stellte Anfang der Neunziger Jahre zeitweise gar den Gouverneur des Bundesstaats. Derzeit ist die Partei eher unbedeutend.

Berichten zufolge verließ Palin die Partei Anfang des Jahrtausends, nutzte aber die alten Seilschaften bei ihrer Kandidatur für das Gouverneursamt. Weiterhin betont sie die In-

teressen Alaskas etwa beim Ausbau der Ölförderung, wie es auch die AIP tat. Denn das Öl im nördlichen Alaska gehört dem Bundesstaat, doch die Nutzungsrechte für die Erdoberfläche besitzt die Regierung in Washington. Ginge es allein nach den politischen Interessen Alaskas, gäbe es nicht die Blockade im Kongress, wären die Bohrtürme wohl schon längst gebaut worden.

Palins separatistische Vergangenheit könnte für die Republikaner sogar nützlich sein. Denn die antiföderale und tendenziell antistaatliche Haltung der Anhänger der AIP wird von vielen Republikanern und anderen amerikanischen Rechten geteilt. Deutlich wurde dies bei der Kandidatur des radikal rechtsliberalen Kongressabgeordneten Ron Paul aus Texas für die Vorwahlen Anfang des Jahres. Paul unterlag, doch ein harter Kern von Anhängern bescherte ihm zweistellige Ergebnisse, selbst als McCains Sieg feststand. Seine Forderungen nach Freiheit von staatlichen Zwängen, der Entmachtung der föderalen Regierung, der Lösung von internationalen Verpflichtungen, einem Abbau der Reste des Sozialstaats und einer Beendigung der Geldvermehrungspolitik der US-Notenbank sind bei vielen Amerikanern populär.

Unter Bush hat die Republikanische Partei die Interessen der Libertarians nicht berücksichtigt. Sie

sind wütend auf die eigene Partei, und unter der Obhut Pauls fanden sie wieder zusammen. Weil Paul nicht einmal als Redner zur Convention eingeladen wurde, veranstaltete er eine eintägige Convention in der Nachbarschaft. Dort rief er zur „politischen Revolution“ auf: „Wir sind hier, um eine Botschaft zu senden, nicht nur an die Republikanische Partei, nicht nur an die Politiker an der Macht, sondern an das ganze Land und vielleicht auch die ganze Welt: Die Machthaber sind überzeugt, dass sie ohne Widerstand die Kontrolle behalten können. Nun, sie liegen falsch. Wir werden sie an allen Fronten bekämpfen.“

Einen Wahlauftritt für McCain kann man das schwerlich nennen, und die Libertarian Party hat den ehemaligen republikanischen Abgeordneten Bob Barr als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Palin, die einer rechtslibertären Partei angehörte und zu den Republikanern übertrat, könnte viele Wähler zurückgewinnen, die „gun control“, kontrollierten Schusswaffenverkauf, für eine Einschränkung der Bürgerrechte und „community organizing“ für nutzlosen Unfug halten.

Nach dem Abschluss der Conventions ist die Strategie beider Parteien klar. Die Demokraten sagen „enough“, verweisen auf die dürftige Bilanz Bushs und sprechen über sozialpolitische Themen. Die Republikaner ignorieren Bush so weit wie möglich,

versprechen keine tiefgreifenden Veränderungen und betonen ihren Patriotismus ebenso wie die konservativen Werte. Ob Palin die für McCain schwer erreichbaren Wählergruppen gewinnen kann, ist unklar. Doch die Wahl gewinnt nicht, wer landesweit die meisten Stimmen erhält. Entscheidend ist die Zahl der nach den Ergebnissen in den Bundesstaaten bestimmten Wahlmänner. Geringfügige Veränderungen in battleground states können daher weitreichende Folgen haben.

William Hiscott ist Politologe und lebt in Berlin.

Nächste Woche:

### Mit harten Bandagen

Dass Klimapolitik notwendig ist, darüber gibt es in Brüssel Konsens. Doch wie diese aussehen soll, darüber wird, wie im Fall der Direktive zu erneuerbaren Energien, heftig gestritten.

